



20.000 Menschen beteiligten sich am Samstag in Glasgow am „Marsch für die Unabhängigkeit“.

Foto: AFP

„Schottische Unabhängigkeit ist wirklich in Reichweite“

Tausende Separatisten demonstrierten am Wochenende in Glasgow für eine Abspaltung vom Vereinigten Königreich

LONDON/GLASGOW. Der näherrückende Brexit befeuert die schottischen Unabhängigkeitsbestrebungen: In der Stadt Glasgow haben Tausende Schotten am Samstag für eine Abspaltung vom Vereinigten Königreich demonstriert. An dem „Marsch für die Unabhängigkeit“ beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter etwa 20.000 Menschen, viele schwenkten schottische Fahnen.

Erstmals seit fünf Jahren trat auch Regierungschefin Nicola Sturgeon von der Scottish National Party (SNP) bei einer derartigen Kundgebung auf. Am Rande der Veranstaltung demonstrierten einige Menschen mit britischen Fahnen für einen Verbleib im Vereinigten Königreich.

Neuer Antrag noch heuer

„Ein unabhängiges Schottland ist so nah wie nie zuvor. Es ist wirklich in Reichweite“, schrieb Sturgeon in einem Beitrag, der vor Beginn der Demonstration auf der Internetseite ihrer Scottish National Party veröffentlicht wurde. Sturgeon hatte am Freitag angekündigt, noch vor Weihnachten in

„Uns droht ein katastrophaler Brexit, der Arbeitsplätze kosten und Schottland als Nation schwer beschädigen würde.“

Nicola Sturgeon,
schottische Regierungschefin

London ein neues Unabhängigkeitsreferendum zu beantragen.

Die bevorstehende britische Parlamentswahl am 12. Dezember sei eine Schicksalswahl für Schottland, betonte Sturgeon. „Uns droht ein katastrophaler Brexit, der Arbeitsplätze kosten und Schottland als Nation schwer beschädigen würde.“ Die Zukunft unseres Landes stehe auf dem Spiel, sagte sie und forderte die Menschen auf, unbedingt zur Wahl zu gehen. Ein Sieg der SNP beim Urnengang werde die schottische Position stärken.

Labour-Chef Jeremy Corbyn wies allerdings Aussagen Sturgeons zurück, wonach seine Sozialdemokraten im Falle eines Wahlsieges einem schottischen Referendum nicht im Wege stehen würden. Eine Volksabstimmung sei „weder notwendig noch wünschenswert“, sagte er.

55 Prozent gegen Abspaltung

In einem ersten schottischen Unabhängigkeitsreferendum am 18. September 2014 hatten sich 55,3 Prozent der Schotten gegen eine Abspaltung vom Vereinigten Königreich ausgesprochen. Bei der Brexit-Abstimmung im Juni 2016 votierte aber eine deutliche Mehrheit der Schotten (62 Prozent) für einen Verbleib in der EU. Daraufhin hat die Regionalregierung in Edinburgh beschlossen, ein neuerliches Unabhängigkeitsreferendum vorzubereiten.

Eine solche Volksabstimmung müsste allerdings mit der Erlaubnis der britischen Regierung über die Bühne gehen, um überhaupt Gültigkeit zu erlangen.

■ Leitartikel »Seite 4

Johnson entschuldigt sich für Brexit-Verzögerung

Der britische Premier zeigte sich „sehr, sehr enttäuscht“ – und kritisierte Donald Trump

LONDON. Ungewöhnliche Töne vom britischen Premierminister Boris Johnson: Der konservative Politiker hat sich am Wochenende für die erneute Verschiebung des EU-Austritts entschuldigt. In einem Interview mit dem britischen TV-Sender „Sky News“ äußerte der Regierungschef gestern „tiefes Bedauern“. Er sei „sehr, sehr enttäuscht“.

Die Verschiebung sei nicht „schmerzhaft wegen der Versprechungen oder meines Egos“, sondern wegen der Unsicherheit für das gesamte Land. Johnson sagte auch, er würde eine weitere Brexit-Verzögerung befürchten, käme die oppositionelle Labour Party bei der vorgezogenen Parlamentswahl am 12. Dezember an die Regierung.

„Lieber tot im Graben liegen“

Johnson hatte seit seinem Amtsantritt im Sommer wiederholt betont, den Brexit „um jeden Preis“ bis 31. Oktober durchzusetzen. Er sagte, er würde lieber „tot im Graben liegen“, als um eine weitere Verschiebung zu bitten. Nun soll das Vereinigte Königreich spätestens am 31. Jänner 2020 austreten. Die Diskussion über den EU-Austritt steht im Mittelpunkt des Wahlkampfes für den Urnengang am 12. Dezember.

Ungewöhnlich hart kritisierte Johnson im Fernsehinterview US-

Präsident Donald Trump, der am Donnerstag gegenüber dem britischen Radiosender „LBC“ gesagt hatte, Johnsons Brexit-Deal mache „in gewisser Hinsicht“ den Abschluss eines Handelsabkommens zwischen den USA und Großbritannien unmöglich.

„Ich möchte den Präsidenten nicht schlecht machen, aber in dieser Hinsicht macht er einen offensichtlichen Fehler“, sagte Johnson. „Jeder, der sich unsere Vereinbarung ansieht, kann sehen, dass es sich um eine ausgezeichnete Vereinbarung handelt.“

Nigel Farage tritt nicht an

Der Chef der „Brexit Party“, Nigel Farage, will sich bei der Unterhauswahl am 12. Dezember nicht um einen Sitz im Unterhaus bewerben. Stattdessen wolle er landesweit gegen den von Premier Johnson mit der Europäischen Union ausgehandelten Scheidungsvertrag kämpfen, sagte er der „BBC“.

Er habe gründlich darüber nachgedacht, wie er der Brexit-Sache am besten dienen könne, ob durch einen Sitz im Parlament oder durch eine Unterstützung der Kandidaten seiner Partei im Vereinigten Königreich. „Und ich habe entschieden, dass der letztgenannte Kurs richtig ist.“

TORIES IN UMFRAGEN VORN

Die britischen Konservativen von Premier Boris Johnson führen gut sechs Wochen vor der Unterhauswahl (12. Dezember) laut Umfragen klar vor der Labour Party. Laut einer „Deltapoll“-Erhebung vom Wochenende kommen die Tories auf 40 Prozent, die Labour Party von Oppositionsführer Jeremy Corbyn auf 28 Prozent. Das Institut „Opinium“ sah die Tories mit 42 zu 26 Prozent vorn, das Institut „ORB“ mit 36 zu 28. Deutlich dahinter lagen die Liberaldemokraten (14 Prozent) und Farages Brexit Party (9 bis 12 Prozent).



Premier Boris Johnson konnte sein Brexit-Versprechen nicht einlösen. (RTS)

Mehr Todesopfer auf den Routen zum Mittelmeer

Auf dem Seeweg selbst sterben weniger Flüchtlinge

BERLIN. Mehr afrikanische Migranten kommen auf den Routen zur Küste ums Leben als bei den Fahrten über das Mittelmeer. Das teilte das Flüchtlingshilfswerk der UNO (UNHCR) mit.

„Wir gehen davon aus, dass vermutlich mindestens doppelt so viele Menschen auf dem Weg zum Mittelmeer sterben als im Mittelmeer selbst“, sagte der UNHCR-Sondergesandte für das Mittelmeer und Libyen, Vincent Cochetel, der „Welt am Sonntag“. Niemand könne genau sagen, wie hoch die Zahl sei, „aber es ist eine Tragödie“.

Ebenso wie das UNHCR weist die Internationale Organisation für Migration (IOM) auf eine hohe Dunkelziffer hin, so dass vorhandene



Landweg laut UNO noch gefährlicher

Daten zu verstorbenen Migranten nicht belastbar seien. Im Mittelmeer seien jedenfalls von 2014 bis Ende Oktober 2019 19.005 Todesopfer registriert worden. Haupttodesursachen auf den Landrouten sind laut IOM Verkehrsunfälle, Verdursten, Gewalttaten, Verhungern, Krankheiten.

Autogipfel: Merkel will Kaufprämien für E-Autos

Auch solle das Ladestellennetz ausgebaut werden

BERLIN. Am heutigen Montagabend beraten in Deutschland Vertreter von Politik, Industrie und Wissenschaft über die Mobilität der Zukunft. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat in ihrem am Sonntag veröffentlichten Video-Podcast schon erklärt, in welche Richtung es aus ihrer Sicht gehen sollte.

Mit Kaufprämien und einem Ausbau des Ladestellennetzes will Merkel mehr Bürger zum Erwerb von Elektroautos bewegen. Dabei müsse auch die Industrie einen Beitrag leisten, sagte sie.

Die Kaufprämien sollten vom Staat und der Industrie finanziert werden. Zudem „wollen wir eine



Foto: APA

Million Ladepunkte bis zum Jahr 2030 schaffen, und hieran wird sich auch die Industrie beteiligen“, sagte Merkel.

Zum Ablauf des Gipfels sagte sie: „Wir werden darüber reden, wie Menschen die Transformation vom klassischen Verbrennungsmotor hin zur Elektromobilität schaffen können.“

Ein von Merkel vor Jahren formuliertes Ziel wird nicht erreicht. Bis 2020 hätte es schon eine Million Elektroautos auf den deutschen Straßen geben sollen. Anfang 2019 waren es laut Kraftfahrtbundesamt aber nur 83.000 reine Elektrofahrzeuge und knapp 67.000 Plug-in-Hybridfahrzeuge.

ÜBERBLICK

Berlusconi gründet Partei

ROM. Nach der Niederlage seiner konservativen Forza Italia bei den Regionalwahlen in der mittellitalienischen Region Umbrien vor einer Woche gründet Italiens viermaliger Premier Silvio Berlusconi seine Partei neu. „Altra Italia“ (Anderes Italien) soll die Gruppierung heißen, die die Forza Italia ersetzt.

Ein Toter bei Explosion

LEIPZIG. Nach einer Explosion in einem Wohnhaus in Striegistal im deutschen Bundesland Sachsen ermittelt die Kriminalpolizei: Ein lauter Knall am benachbarten Grundstück hatte Anwohner stutzig gemacht. Im Wohnhaus entdeckten Rettungskräfte und Polizei Anzeichen einer Detonation und fanden eine Leiche. Ein 21-Jähriger wurde mit Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.